



**Sozialistische
Alternative**

Ortsgruppe Harburg
Postfach 90 23 27
21057 Hamburg
Telefon 040/ 76621797
E-Mail: savhamburg@aol.com
<http://www.sav-online.de>

Erklärung der SAV Harburg, 3.11.99

Solidarität mit den von Sparmaßnahmen betroffenen Eltern, Kindern und Erzieher/innen!

„Und wieder einmal wird bei den sozial Schwächsten gespart“, so die Sprecherin der SAV Harburg, Sylla Kahl. Weiter meint Sie: „Unsere Solidarität gehört den Eltern, Kinder und Erzieher/innen, die sich gegen diese erneuten Einsparungen wehren. Die geplanten Maßnahmen sind pädagogisch und sozial unverantwortlich. Viele Eltern, und besonders Alleinerziehende, sind auf eine bezahlbare und uneingeschränkte Versorgung ihrer Kinder in Kindertagesstätten angewiesen. Werden diese Kürzungen umgesetzt, wird dieses Teile der Elternschaft aufgrund der eingeschränkten Betreuungszeit und der gestiegenen Gebühren in die Arbeitslosigkeit und zum Teil auch Sozialhilfe treiben. Besonders hart betroffen sind wieder einmal die Frauen.“

Viele hatten sich von der neuen Bundesregierung eine sozialere Politik erhofft. Aber diese führt nur die unsoziale Politik der Kohl-Regierung weiter. Sie gibt ihre Sparpolitik an die Kommunen weiter und wird dann - auch vom rot-grünen Senat - ausgeführt.

Die Sozialistische Alternative begrüßt die Proteste der Betroffenen und erklärt sich mit ihnen solidarisch.

Auch Schulen, Bücherhallen und andere Bereiche sind auf kommunaler Ebene von unsozialer Politik betroffen. Rentner, Beamte, Arbeitslose, Arbeitnehmer, Sozialhilfeempfänger und Jugendliche müssen wegen der Politik der rot-grünen Bundesregierung um ihren Lebensstandard bangen.

Die Politiker sagen, die Kürzungen wären nötig, da die Staatskassen leer seien. Aber wer hat diese Kassen geleert? Konzerne wie Daimler, Siemens und Allianz bezahlen kaum noch Steuern, kassieren aber staatliche Subventionen. Wäre der Anteil der Unternehmenssteuern auf dem Niveau von 1980, wären 100 Milliarden mehr in den Staatskassen. Würde die rot-grüne Regierung die von der Kohl-Regierung abgeschaffte Vermögenssteuer und Gewerbesteuer wieder einführen, hätten Länder und Kommunen 16 Milliarden DM mehr in den Kassen. Die Vermögenden entziehen dem Staat durch illegale Geldverschiebung ins Ausland jährlich 20 Milliarden Zinsabschlagssteuer. Und da sollen wir solche Sparmaßnahmen akzeptieren? Geld ist in Wirklichkeit genug da - es ist nur in den falschen Händen!

Wir hoffen, dass der heutige Protest ein Erfolg wird. Dies wäre auch eine Ermutigung für alle anderen von Sozialkürzungen Betroffenen. Ein nächster Schritt der Proteste wäre eine hamburgweite Demonstration aller von den unsozialen Sparmaßnahmen Betroffenen. Die Harburger Kita-Demonstration ist ein erster wichtiger Schritt dahin.“

VIEL ERFOLG!

SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE Harburg